

## Erste Mitgliederversammlung der SPD Bremen nach dem 2. Weltkrieg am 6. Januar 1946

40

SPD

Die erste Versammlung der Bremer SPD nach dem Ende des 2. Weltkriegs begann mit einem Vortrag von »Bürgermeister Genosse Kaisen« (Weser-Kurier, 9.1.46). Das Thema: »Die Sozialdemokratie im Zeitgeschehen«. Die Arbeiterklasse übernehme nun vom Bürgertum »die Rolle des Motors der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung«. Ziel sozialdemokratischer Politik sei ein demokratisches Deutschland.



Der Senat Kaisen II am 6. Januar 1946. Von links sitzend: Wilhelm Kaisen, Theodor Spitta, Käthe Popall. Von links stehend: Hermann Mester, Hermann Apelt, Christian Paulmann, Willy Ewert, Adolf Ehlers, Wilhelm Nolting-Hauff, Alexander Lifschütz, Emil Theil. Es fehlen: Wilhelm Harmssen und Hermann Wolters.

Das Verhältnis von SPD und KPD stand im Mittelpunkt der anschließenden Aussprache. Auf der Zonenkonferenz in Hannover war die Vereinigung von SPD und KPD abgelehnt worden. In Bremen gab es Initiativen, eine sozialistische Einheitsbewegung zu schaffen. Eine »Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus« (KGF) hatte ihre Vorstellungen dazu bereits im Mai 1945 veröffentlicht. Die Einheit müsse eine Lehre aus dem

sozialistischen Bruderkampf sein, der die Machtergreifung der Nationalsozialisten begünstigt habe. Aber SPD und KPD beantragten getrennt ihre Wiederezulassung. Kurt Schumacher war gegen eine sozialistische Einheitspartei. Er glaubte nicht an die Bekenntnisse der KPD zur parlamentarischen Demokratie, er hielt sie für eine Partei, die aus Moskau fremdgesteuert wurde.

In der Bremer Debatte vertritt der Bezirkssekretär (Hamburg – Nordwest) der SPD Walter Romberg, die Linie der Beschlüsse der Zonenkonferenz in Hannover: Wenn Einheit, dann mit allen linken Gruppen »unter Führung der SPD«. Willi Schramm, zweiter Bezirkssekretär argumentiert ähnlich. Nur der Genosse Enderle spricht sich für eine Einheitspartei aus. Nach den Erfahrungen aus der Weimarer Zeit fordert er die »unumgänglich notwendige Vereinigung«. Oskar Schulze, Bremer IG Metall und DGB-Vorsitzender, ist gegen eine Einheitspartei. Ein solcher Zusammenschluss »zerbreche an inneren Differenzen und könne nur unermesslichen Schaden anrichten« Wie er, forderte auch Carl Stockinger, ehemaliger Bremer SAP Vorsitzender »gemeinsames Handeln« statt Organisationseinheit.